

Richard Meng

Rot-Grün ist nicht vorbei

Perspektiven einer immer wieder zu früh abgeschriebenen Konstellation

Nach 2005 wurde wieder einmal die rot-grüne Option leichtfertig totgesagt. Aber: Wer Rot-Grün abschreibt, fördert die inhaltliche und kulturelle Hegemonie des bürgerlich-konservativen Lagers.

Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

senatssprecher@skzl.verwalt-berlin.de



Welches Parteienbündnis als zeitgemäß gilt und welches weniger, ist keine Frage politischer Sympathie allein – sondern letztlich eine Frage der Realpolitik, der in den Parlamenten gerade realistischen Mehrheiten. So gesehen gab es für Rot-Grün auch in der Vergangenheit schon hin und wieder Phasen, in denen die Tagesbeobachter mit großem Impetus behaupten konnten: Daraus wird nichts mehr. In den 80er Jahren, als in Hessen erste Anläufe gescheitert waren. Dann wieder direkt nach der deutschen Vereinigung. Ab 1998 folgten dennoch sieben Jahre rot-grüner Bundestagsmehrheit.

Heute wirkt es wieder so. Vor allem, weil die rechnerische rot-grüne Mehrheit im Bund und den meisten Ländern (die Stadtstaaten ausgenommen) unrealistisch wurde – wegen der Erosion am linken Rand der SPD und der Proteststimmen, die sich bei der *Linkspartei* sammeln. Aber auch, weil eine neue grüne Generation sich bürgerlicher fühlt als alle Vorgänger und eine jenseits altkonservativer West-Milieus aufgewachsene Kanzlerin in der bürgerlichen Wiedervereinigung mit dieser Generation (die zudem im Journalismus stark vertreten

ist) ihre sehr persönliche Machtoption für die Zukunft sieht.

Also: Dass Rot-Grün 2008 so von gestern scheint, hat viel mit Generationserfahrungen und Machtkonstellationen zu tun. Betrachtet man es von Inhalten und längerfristigen Strategien her, fällt die Analyse anders aus. Denn ein regierungsfähiger sozial-ökologischer Politikansatz ist eigentlich genau das, was das Land will und braucht. Angela Merkel versucht nicht von ungefähr, dem zumindest vom Image her nahe zu kommen. Klimaschutz und Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und gleiche Bildungschancen, Menschenrechte und Multilateralität. Betrachtet man allein das neue energiepolitische Dilemma, das zusätzlich zur Klimaproblematik durch islamistischen Terror und die neuen Zweifel an der demokratischen und weltpolitischen Verlässlichkeit Russlands verstärkt wird, ergibt sich die Notwendigkeit einer besonnenen, aber auch wertungebundenen Friedenspolitik jenseits konservativer Muskelspiele.

Teil des linken Lagers

Im Fünf-Parteien-System werden die *Grünen* leicht zum Mehrheitsmacher – wie es im Drei-Parteien-System die FDP war. Aber eine andere Frage ist, ob es ihnen wirklich strategisch nutzen würde, in eine Merkel-sche Jamaika-Koalition einzutreten, in der sie neben FDP und CSU nur schwer glaubwürdig wären. Die *Grünen* sind von ihrer Entstehungsgeschichte her immer Teil des

linken Lagers gewesen. Ein Teil ihrer Traditionswähler betrachtet Bündnisse mit der CDU nach wie vor mit so viel Skepsis, dass daraus – siehe Hamburg – enge Grenzen für den tagespolitischen Handlungsspielraum folgen. Schwer vorstellbar, dass *Grüne* und FDP im Bündnis mit der Union (einschließlich CSU) voneinander unterschiedene Rollen durchhalten. Im Gegenteil: Es würde zum blockierenden Dauerkonflikt um die teils gleiche Klientel kommen. Während Ökologie, soziale Verantwortung und Liberalität aber dennoch von außen – von der dann linken Opposition – eingeklagt werden müssten.

Auch die meisten Befürworter schwarz-grüner oder schwarz-grün-gelber Regierungen bestreiten bisher nicht, dass die inhaltliche Nähe der *Grünen* zur SPD immer noch größer ist als zur CDU. Offiziell bleiben SPD und *Grüne* ja auch Wunschpartner. Das Problem ist meist die fehlende Mehrheit bzw. der weitere Partner, den es dazu bräuchte. Die FDP oder die *Linkspartei*? Genau diese Entscheidung kann nur von den konkreten Umständen abhängen, nicht von abstrakten Vorgaben. Aber gerade deshalb ist speziell in der SPD – nach Jahren eines desaströsen Strategievakuums und mehr oder weniger offener Machtkämpfe der Protagonisten der nächsten Führungsgeneration – die strategische Klärung so dringend, welches eigentlich die Inhalte sind, um die herum künftige Mehrheiten entstehen sollen. Nur darüber entsteht auch die Attraktivität, die nötig ist.

Kooperationsmöglichkeiten gelassen bewerten

Wenn es nicht gelingt, die *Linkspartei* aus den Parlamenten herauszuhalten, müssen sehr selbstbewusst und gelassen die Kooperationsmöglichkeiten bewertet und – soweit vorhanden – genutzt werden. Genau wie gegenüber der FDP, soweit die sich angesichts ihrer Klientel machttaktisch dazu

in der Lage fühlt. Ansonsten bliebe die SPD in vielen Parlamenten auf Dauer unfähig, einen Führungsanspruch glaubwürdig zu erheben. In der gesamten Koalitionsdebatte im Gefolge der Hessenwahl geht es strategisch letztlich um diese Führungsfähigkeit der SPD in einer rot-grün-geführten Mehrheitskonstellation. Leider aber nur selten mit Inhalten unterlegt.

Rot-Grün hat historisch immer eine starke kulturelle Dimension gehabt. Es war seit den 80er Jahren Ausdruck einer neuen Generation, die sich absetzte von den alten Nachkriegsgenerationen mit ihrem – aus Sicht der damals Jungen – autoritär-spießbürgerlichen Habitus. Diese kulturelle Dimension ist mit der Generation Merkel auch in der Union kein rot-grünes Monopol mehr. Der rot-grüne Erfolg, neue kulturelle Offenheit und Vielfalt, ist allgemein geworden. Das Land ist heute – bis auf den rechten Rand, der hier sein wichtigstes Aggressionsobjekt findet – in einer Weise zivilgesellschaftlich-liberal geprägt, die vor einigen Jahrzehnten unvorstellbar war. Gleichwohl: Gerade in Zeiten der Globalisierung muss dieser kulturelle Fortschritt aber immer wieder gelebt und verteidigt werden. Die Konservativen haben grüne Ideen zwar teilweise vereinnahmt, sie werden aber nie vorrangig für sie kämpfen.

Zivile Gelassenheit und Liberalität leben immer auch davon, dass es Anstrengungen gegen neue Bedrohungen gibt und neue Ziele (zum Beispiel: Integrationspolitik nach innen). Mögen jüngere Konservative auch anders geprägt sein als ihre Vätergeneration: Was ihnen noch weit mehr fehlt als den Jungen bei Rot-Grün, ist die Triebkraft, in der Gesellschaft etwas zu ändern, Neues zu bewegen, das Zutrauen in die Veränderbarkeit von Politik.

Für den rot-grünen (Noch-)Mehrheitsflügel bei den *Grünen* ist der Glaubenskampf in der SPD um künftige Koalitionsoptionen wahrlich ein strategisches Desaster – denn er bestärkt diejenigen, die auf absehbare Zeit keinen Sinn darin sehen,

auf eine handlungsfähige linke Mehrheit zu setzen. Zudem haben weder *Grüne* noch SPD bisher eine ehrliche Abschlussbilanz der rot-grünen Jahre (ihrer Erfolge und Fehler) vorgelegt. Genau dies blockiert das Denken nach vorn. So droht auch bündnispolitisch Realitätsverweigerung, SPD-intern sowie in den Medien unterlegt durch die grundfalsche, aber für Flügelinteressen instrumentalisierte Fragestellung, ob man sich nun rückblickend zur Schröder-Politik bekenne oder eher nicht mehr.

Auf halbem Weg steckengeblieben

Nun sind politische Konstellationen immer auch davon abhängig, ob sich die Politiker einer neuen Generation in ihnen wiederfinden können. Rot-Grün war einst die kulturelle Wiedervereinigung des linken Lagers in der damals neuen Generation – nach dem Abtritt derer, die noch in Zeiten tradiert-autoritärer Gesellschaftsstrukturen aufgewachsen waren. Offen ist heute die Frage, was die verbindet, die erst nach der Jugend- und Studentenrevolte der späten 60er Jahre geboren wurden. Und ob unter ihnen immer noch vorwärtstreibend-soziale Positionen attraktiv sind.

Merkwürdig, dass diese Debatte niemand führt. Wohin soll die Gesellschaft sich eigentlich entwickeln? Betrachtet man nicht nur die staatstragend gewordenen Milieus der Gebildeten, dann sollte klar werden: Die neuen Integrationsfragen, sowohl innergesellschaftlich als auch international, schreien nach einem sozial-ökologischen Politikansatz. Hier ist in den rot-grünen Jahren viel zu vieles auf halbem Weg steckengeblieben. Nur einige von vielen Beispielen: Die doppelte Staatsbürgerschaft kam nur in Ansätzen, die komplette Gleichstellung aller Lebensformen mit der Ehe scheiterte teils am Veto des unionsdominierten Bundesrates.

Jetzt steht auch umso radikaler die Frage an, ob der Kurs des Atomausstiegs auch

unter verschärften Bedingungen (hohe Energiepreise, Klimaproblematik, weltpolitische Konfrontationen) durchhaltbar ist – was nur durch massiv verstärkte Anstrengungen bei den regenerativen Energien denkbar ist. Einen konsequenten Schub in Richtung internationales Recht und multilaterale Welt hat es in Zeiten US-amerikanischer Alleingänge nicht geben können – vielleicht kommen da jetzt neue Chancen. Und der Blick für die soziale Balance bei den internationalen Anpassungsprozessen der Ökonomie ist auch unter Rot-Grün am Ende zu oft verloren gegangen. Nicht zuletzt unter massivem innenpolitischen Anpassungsdruck wegen der Unionsmehrheit im Bundesrat und einer stark neoliberal ausgerichteten Medienlandschaft. Das Öffnen der Einkommensschere, die neuen Verwerfungen zwischen Chancenreichen und Chancenarmen: All das sind und bleiben rot-grüne Kernthemen, welche zusätzlichen Partner sich auch immer ergeben. Nur wenn der eigene Anspruch dazu klar genug ist, werden sich diese Partner finden. Jeweils mit Rot-Grün als geistigem Zentrum.

Armutschere, Klimawandel, asynchrone Weltkonflikte und Renationalisierung der Politikwahrnehmung speziell in Teilen der Unterschichten: Da kommt es nicht aufs Bewahren an, sondern auf einen engagierten Kampf um Gerechtigkeit und Interessen der Mehrheit. Deshalb ist Rot-Grün bei inhaltlicher Betrachtung noch lange nicht vorbei. Die Frage bleibt nur, ob dann, wenn es machtarithmetisch »geht«, die Beteiligten eine Ahnung davon haben, wohin ihre Politik inhaltlich abzielen sollte. Es war schon der Fluch der Jahre ab 1998 gewesen, dass eine große Richtung von Beginn an nur schemenhaft klar wurde. Machtpolitik vor Sachpolitik: Auf der Linken ging das noch nie lange gut. Jetzt geht es darum, das Strategievakuum zu überwinden und überhaupt wieder reale politische Veränderungshoffnung jenseits einer grün-verpackten Neubelebung des neoliberalen Projekts zu ermöglichen.